



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**  
  
**GENERALSEKRETARIAT**

**Brüssel, den 2. Dezember 2010**

**CM 5906/10**

**PARLNAT**

**MITTEILUNG**

**UNTERRICHTUNG DER PARLAMENTE DER MITGLIEDSTAATEN**

Für Rückfragen: Direktion "Interinstitutionelle Beziehungen"

[dri.parlnat@consilium.europa.eu](mailto:dri.parlnat@consilium.europa.eu)

**Betr.: Entwurf des Gesamthaushaltsplans 2011**

Wie Sie wissen, hat der im Rahmen des Haushaltsverfahrens<sup>1</sup> einberufene Vermittlungsausschuss keine Einigung über den von der Kommission am 16. Juni 2010 vorgelegten Entwurf des Gesamthaushaltsplans 2011 erzielen können. Daraufhin hat die Kommission auf der Grundlage von Artikel 314 Absatz 8 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union einen neuen Entwurf des Gesamthaushaltsplans vorgelegt. Dieser neue Entwurf übernimmt im Wesentlichen den Standpunkt des Rates zu dem ursprünglichen Vorschlag der Kommission in der Fassung des Amtsblatts Nr. C 222 vom 17. August 2010, der Ihnen bereits übermittelt wurde.

---

<sup>1</sup> Siehe Artikel 314 Absatz 5 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union.

Nach Ansicht des Rates ist es noch möglich, die erhebliche Unterbrechung der Tätigkeiten der Union zu vermeiden, die ein nicht vorhandener Gesamthaushaltsplan der EU ab dem 1. Januar 2011 nach sich ziehen würde, wenn alle Beteiligten sehr zügig handeln. Angesichts dessen möchte der Rat den nationalen Parlamenten mitteilen, dass er gezwungen ist, im Einklang mit Artikel 3 Absatz 3 seiner Geschäftsordnung den in Artikel 4 des Protokolls (Nr. 1) über die Rolle der nationalen Parlamente in der Europäischen Union vorgesehenen Zeitraum von acht Wochen ebenso wie den von zehn Tagen zu verkürzen und am 10. Dezember 2010 einen Standpunkt zu dem neuen Vorschlag für einen Entwurf des Gesamthaushaltsplans 2011 festzulegen.

Der Rat ist überzeugt, dass die nationalen Parlamente seine Auffassung hinsichtlich der Dringlichkeit der Angelegenheit weithin nachvollziehen und teilen können.

Im Auftrag des Generalsekretärs

Jim CLOOS  
Stellvertretender Generaldirektor,  
Allgemeine politische Fragen und  
interinstitutionelle Beziehungen